Anzeiger für den Kreis Pleß

Plesser Stadtblatt

**Bezugspreis:** Frei ins Haus durch Boten oder durch die Post bezogen monatlich 1,50 Złoty. Der Anzeiger für den Kreis Pleß erscheint Mittwoch und Sonnabend. **Geschäftsstelle:** Pleß, ul. Piastowska 1

**Anzeigenpreis:** Die 4-gespaltene mm-Zeile für Polnisch-Oberschlesien 7 Gr. Telegramm-Adresse: „Anzeiger" Pleß. Post-Sparkassen-Konto 302622. Fernruf Pleß Nr. 52

Nr. 76. Sonnabend, den 29. September 1934. 83. Jahrgang.

# Rüstungen

Seit Wochen begegnet man in der Presse der großen Industriestaaten einer ständigen Rubrik: „Die Enthüllungen über die Rüstungsindustrie." Es sind Meldungen über die fortlaufenden Ergebnisse der Untersuchung, der die Geschäfte der amerikanischen Waffen- und Munitionsindustrie durch eine Staatskommission unterzogen werden. Anlaß dieser Untersuchung war die zufällig an den Tag gekommene Tatsache, daß eine amerikanische Firma für Kriegslieferungen nicht bloß einen Vertrag mit einer englischen Kriegsmaterialfirma zu dem Zwecke eingegangen war, sich mit ihr in die Aufträge von Unterseebooten auf der ganzen Welt zu teilen, sondern ihr auch Pläne von Unterseebooten verkauft hatte, die an eine dritte Macht geliefert worden waren. Ein sehr bekannter internationaler Finanzmann levantinischer Herkunft hatte dabei einige Millionen Dollar Courtage verdient, weigerte sich aber, dem amerikanischen Fiskus dafür die nachträglich vorgeschriebene Einkommensteuer zu leisten. In den Verhandlungen der amerikanischen Senatskommission kam unter anderem auch ein Brief dieses Finanzmannes zur Verlesung, der darin seine Methode in der Behandlung von Regierungen in zynischer Weise andeutet. Die Senatskommission hatte sich übrigens bisher mit einer Reihe ähnlicher Dokumente zu beschäftigen, welche sensationelle Einblicke in die Zusammenhänge zwischen den großen Rüstungsindustrien und der Politik einzelner Staaten gewähren. Zur Illustrierung dieser Verhältnisse sei hier nur ein Beispiel erwähnt, das vollkommen außerhalb des europäischen Interessenkreises liegt: Der Vorsitzende der Senatskommission hat auf Grund des ihm zur Verfügung stehenden Aktenmaterials den Beweis angeboten, daß auf der panamerikanischen Tagung in Montevideo, die sich auch mit der Beilegung des Chakokrieges zu befassen hatte, Agenten einflußreicher Rüstungsindustrien in der Richtung einer Verhinderung dieser Friedensstiftung erfolgreich tätig waren. Uebrigens dürfte der Fall des Journalisten Shearer noch in allgemeiner Erinnerung sein. Auf der Genfer Marinekonferenz des Jahres 1928 war dieser Publizist von amerikanischen Rüstungsfirmen beauftragt, durch seine Berichterstattung eine Einigung auf eine Beschränkung der Rüstungen der drei größten Seemächte zu hintertreiben. Die Washingtoner Enthüllungen haben auf diese Weise nur wieder einmal bestätigt, was immer bekannt war: Krieg und Frieden, Völkerversöhnung und Völkerentfremdung hängen nicht weniger vom Willen der Rüstungsherren ab als von den Parlamenten und Staatskanzleien.

Zwei Umstände sichern der Rüstungsindustrie automatisch eine überragende Machtstellung: einerseits ihre monopolistische Konzentration und andererseits ihre maßgebende Bedeutung für die allgemeine Produktion der großen Industriestaaten. Die Rüstungsindustrie ist auf eine Reihe von Vorindustrien angewiesen, die ihrerseits eine Erz- und Kohlenbasis voraussetzen. Da aber die Erz- und Kohlenvorkommen auf weniger Punkte der Erde beschränkt sind, ergibt sich daraus eine territoriale Konzentration der Rüstungsindustrien auf wenige gewaltige Industriezentren der Welt. Tatsächlich zeigt eine nach Zollstatistiken zusammengestellte Völkerbundübersicht über die Rüstungsausfuhren des Jahres 1925 folgendes: von der Weltgesamtausfuhr im Betrag von 48 Millionen Dollar entfielen 43 Millionen Dollar (ungefähr 90 Prozent) allein auf die Ausfuhr der vier Staaten England, Frankreich, Vereinigte Staaten und Deutschland. Abgesehen von dieser raummäßigen Gebundenheit befindet sich die Rüstungsindustrie in einigen wenigen Händen, und die damit zusammenhängende organisatorische Geschlossenheit gibt ihr eine monopolistische Stellung. Ueberdies bringt das Sicherheits- und Rüstungsbedürfnis der Staaten mit ungenügender industrieller Kapazität diese in ein mehr oder minder starkes Abhängigkeitsverhältnis zu den Hochindustriestaaten, was wieder auf die Bündnispolitik solcher Länder zurückwirken kann.

Dazu kommt die außerordentliche volkswirtschaftliche Bedeutung der Rüstungsindustrien. Munitionserzeugung, Waffenfabrikation, Tank-, Flugzeug- und Schiffbau beschäftigen nicht nur als solche, sondern auch durch ihren Bedarf an Vorfabriken ein Heer von Arbeitern. Als einem der größten Arbeitgeber, fällt es der Rüstungsindustrie nicht schwer, ihren Interessen Nachdruck zu verleihen. Es ist zu dem begreiflich, daß jeder Regierung ein möglichst hoher Leistungsgrad ihrer Kriegsindustrien erwünscht ist. Viele dieser Industrien unterstützen ihre Beziehungen zu Regierungsstellen auch noch dadurch, daß sie Generale, Admirale und Abgeordnete unter ihre Verwaltungsräte und Großaktionäre einreihen. Zugleich suchen sie Einfluß auf die Bildung der öffentlichen Meinung durch direkte Beteiligung an großen Zeitungen oder durch Inseratenaufträge auszuüben. Dabei fördert ein Lieferungsauftrag bei einer Firma automatisch die Konkurrenz, da die Rüstungsvermehrung eines Staates notwendig Rüstungssteigerungen in anderen Staaten herbeiführt. Und der Erfolg dieser Zustände ist dann ein sinnund endloses Wettrüsten.

Dies alles ließe sich noch begründen, hätten die Rüstungsindustrien grundsätzlich nationalen Charakter und könnte man von ihnen wenigstens sagen, daß sie niemals gegen die Interessen der eigenen Nation arbeiten. Allein dem ist nicht so. Ganz abgesehen davon, daß den Rüstungsfirmen von ihren Regierungen die Handelsfreiheit gegeben ist, wodurch schwersten Mißbräuchen Tür und Tor geöffnet sind (Abd el Kerim) konnte z. B. mit französischen Waffen gegen Frankreich kämpfen), stehen die Rüstungsindustrien untereinander in Verbindung. Es ist bekannt, daß Abkommen über die Aufteilung der Welt in Interessensphären bestehen, daß verschiedene Spezialbetriebe miteinander vertrustet sind, daß die Konkurrenz oft nur eine scheinbare ist und die einer Firma zugeschlagenen Aufträge von dieser an andere weiterverteilt werden, daß es also etwas wie eine wechselseitige Interessenversicherung und Profitgemeinschaft gibt. Sogar im Weltkrieg fand zwischen Feindstaaten ein Materialaustausch statt, und zwar nicht nur indirekt durch die Handelstätigkeit der neutralen Staaten, sondern auch direkt. So bezog Deutschland französisches Aluminium für seine Zeppeline und französisches Zyanamid für seine Sprengstoffer-

# Das Ende der österreichischen Christlich-Sozialen

## Aufgehen in der Vaterländischen Front

**Die Bundesparteileitung der österreichischen christlich-sozialen Partei hat in einer Kundgebung ihre Auflösung beschlossen, um „dadurch den Boden für die heute allgemein als richtig anerkannte Neuordnung des österreichischen Staates" vorzubereiten.**

**„Durch die Zusammenfassung der ständisch gegliederten Organisationen zu einer Volkspartei hat die christlich-soziale Partei dem verderblichen Klassenkampf entgegengewirkt und sich so unvergängliche Verdienste um die Befriedung Oesterreichs erworben. Durch ihre führenden Männer ist die christsoziale Partei schon seit vielen Jahren für die organische Gliederung der Gesellschaft nach Ständen eingetreten, in dem Bewußtsein, daß die dauernde Ueberwindung des politischen und sozialen Unfriedens nur auf dieser Grundlage möglich ist."**

**An anderer Stelle fährt die Kundgebung fort: „Die Pflege der christlichen Weltanschauung und die Durchsetzung ihrer Grundsätze im öffentlichen Leben obliegt den kulturellen Organisationen und der Katholischen Aktion. Die Bundesparteileitung empfiehlt daher den Mitgliedern der christlichsozialen Partei, ihre Mitarbeit allen Verbänden zu widmen, die unter Ausschaltung politischer Betätigung die Zusammenfassung aller auf dem Boden der christlichen Weltanschauung stehenden Staatsbürger sowie die Erziehung der Jugend zum praktischen, katholischen Leben zum Ziele haben."**

zeugung, Frankreich deutsche hochwertige Zündmagnete für seine Flugzeuge. Aehnliche Geschäfte wurden über Dänemark zwischen Deutschland und England getätigt. Daß auch die Zeiß-Werke in Jena die englische Kriegsmarine während des großen Krieges mit Teleskopen versorgten, ist eine nicht mehr unbekannte Angelegenheit.

Es ist kein Zufall, daß sich gerade jetzt unter der demokratischen Regierung Roosevelts der amerikanische Senat bemüht, die dunklen Zusammenhänge, die im vorstehenden nur in großen Zügen angedeutet wurden, in rücksichtsloser Weise aufzudecken und sich darin, wie es scheint, auch durch diplomatische Vorstellungen fremder Regierungen nicht stören läßt. Zunächst ist diese Untersuchung mit ihren überraschenden Enthüllungen das stärkste Propagandamittel für die demokratische Regierung, da die großen Geschäftemacher, die dadurch bloßgestellt werden, fast ausschließlich der republikanischen Partei angehören. Anderseits setzt Roosevelt damit eine Politik fort, die schon sein demokratischer Vorgänger Wilson zu verfolgen versucht hat. Auf Wilsons Initiative ist es auch zurückzuführen gewesen, daß die Völkerbundstaaten durch die Satzung verpflichtet wurden, ehestens ein internationales Abkommens zur Kontrolle der privaten Waffenfabrikation und des Waffenhandels zu schließen. Endlose Konferenzen haben in fünfzehn Jahren bisher noch nicht zu einer auch nur auf eine kleinere Zahl von Staaten beschränkten Vereinbarung dieser Art geführt, wiewohl ihr ungeheurer Wert vom Standpunkt einer Unterbindung aller zu neuen Kriegen drängenden Kräfte in die Augen springt. Roosevelt hat denn auch kurz vor der letzten Vertagung der Abrüstungskonferenz durch seinen Vertreter in Genf einen Antrag stellen lassen, der auf die Wilsonschen Ideen zurückgriff. Diese Bewegung wird aus den Enthüllungen der amerikanischen Senatskommission ohne Zweifel neue Nahrung ziehen. Die Senatskommission hat übrigens, wie heute aus Washington gemeldet wird, einstimmig der Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß der Waffenhandel in den Vereinigten Staaten neu geregelt oder sogar staatlich monopolisiert werden müsse, und zugleich die Einberufung einer internationalen Konferenz angeregt, auf der Mittel und Wege zur Kontrolle des Waffenhandels gefunden werden sollen.

# Die deutsche akademische Jugend

## Die „Kritikaster" diskutieren

Die Stimmung in der akademischen Jugend Deutschlands war von jeher immer der politische Barometerstand. Die Studenten waren die feurigsten Parteigänger des Nationalsozialismus und sind es ganz gewiß auch heute noch, allerdings ist ihr Nationalsozialismus eine Sache des Prinzips und der Ethik und keine der politischen Taktik oder Opportunität. So war es unschwer vorauszusehen, daß das gegenwärtige Regime im Dritten Reich in der deutschen Studentenschaft bereits wieder eine kompakte und geschlossene O p p o s i t i o n vor sich sieht. Das Vorhandensein dieser Opposition wird von den offiziellen Stellen auch nicht mehr geleugnet, zumal auch die Diskussionen in der Studentenschaft sich ohne Heimlichkeiten vollziehen.

Man sagt unter den Studenten ganz offen, daß man einen National-„Sozialismus" nicht mehr verstehe, der zum Vollstrecker seines sozialistischen Willens einen Mann wie den Dr. Schacht wählte und sich mit den Industriegewaltigen Krupp, Thyssen verbinde. Das ist eine Seite der Opposition unter der Studentenschaft.

Die andere Seite hat eine pikantere Note. Sie wendet sich gegen die Hochschullehrer, die auf Grund des „Arier"-Paragraphen in Amt und Würden gekommen sind und jetzt obzwar noch vor dem 30. Januar 1933 die schärfsten Gegner, jetzt zu den lautesten Aposteln des Nationalsozialismus geworden sind. Heute nehmen die Studenten aus rein menschlicher Anteilnahme oder aus Auslandsgefühl für ihre „nichtarischen" Dozenten Stellung, während sie mit ihrem Mißvergnügen gegen diejenigen Lehrer, die mit Hilfe des „arischen" Stammbaumes mit „einer jüdischen Urgroßmutter" nicht hinter dem Berge halten. Dann ist es auch die militaristische, geistfremde, alles nivellierende, geistfeindliche Regime mit seinen kommandierten Arbeits- und Schulungslagern und den Dutzenden anderer Obligatorien verhindert die Studenten einfach an der Arbeit und am anständigen Studium. Alles in allem gerechnet betrug die durchschnittliche Kollegienzeit an den deutschen Universitäten letztes Semester knappe zwei Monate! E n t t ä u s c h u n g herrscht überall und h e i m l i c h e A u f l e h n u n g macht sich an allen Universitäten gleichermaßen breit. Der Rektor der Freiburger Universität, der Philosophieprofessor H e i d e g g e r, ein bekannter Nationalsozialist, hat vor dieser latenten Unzufriedenheit die Segel streichen und abdanken müssen. Und in dem berüchtigten Organ des Frankenführers Streicher stand neulich ein Bericht aus München, der mit geradezu entsetzlichen Worten die offen feindselige Haltung der Münchener Studenten gegen das Regime schilderte. Die Symptome seien jedoch nicht überschätzt. Tausende Studenten sind vom äußeren Glanz des Dritten Reiches immer noch begeistert.

Für die herrschende Stimmung ist ein Zwischenfall bezeichnend, der sich in einer bekannten Universitätsstadt mit alter, ruhmreichen Tradition zugetragen hat. Ein Gelehrter von europäischem Ruf hatte geglaubt zu Beginn des Kollegs die Konzession eines zwar nur angedeuteten Hitlergrußes machen zu müssen. Darauf allgemeines Gelächter der Studenten. Der Professor lächelt verständnisvoll mit. Jetzt aber wissen sich die Studenten vor lauter ehrlicher Freude kaum zu fassen und scharren ihrem Lehrer sekundenlang Zustimmung und Applaus. Dergleichen Symptome, die freilich nicht überschätzt werden dürfen, ließen sich beliebig anführen.

Nun hat die Regierung für die Regelung der Studienordnung an den Hoch-

# DER WOLF VON OLSTENNA

Ein Abenteuerroman aus dem nördlichen Schweden von L u d w i g O s t e n

24. Fortsetzung.

„Was ist's mit dem großen Wolf?"

„Er ist der Teufel, Herr!"

„Wir wollen ihn jagen, Tärgade! Du bist ein Jäger, und ich bin's auch! So jung ich auch noch bin, ich habe den Löwen in Afrika und den Tiger in Indien gejagt. Meine Kugel sitzt und verfehlt selten ihr Ziel."

Die Worte rütteln Tärgade auf, seine dunklen Augen blitzen.

„Ja, Herr, ich bin dabei! Wir wollen ihn jagen! Wir müssen ihn auslöschen, daß unser Herr nicht sein letztes Opfer wird."

*

Olstenna unterhält sich am Tisch mit Markollen und Dr. Schjerin. Sie sprechen eben von den kleinen Geschehnissen der Stadt Karskulla.

Dr. Schjerin berichtet von einem Ereignis der letzten Tage.

„Wissen Sie schon, Olstenna, daß der Tschylan zurück ist?"

„Tschylan?" überlegte Olstenna. „Wer ist Tschylan?"

„Der alte Gauner und Betrüger, der Händler, der seine Geschäfte mit den Lappen macht, der mit seinem billigen Dreck, mit seinen wertlosen Medizinen, mit gemahlenem Ren-Gehörn, mit Kräutertees und anderem Kram bei den Lappen umherzieht."

„Ah ... ja, jetzt entsinne ich mich! Was ist mit ihm?"

„Vorgestern kam er mit seinem Geschirr zurück aus Lappland. Den Beutel voll Gold. Lauter Gold hatte er von den Lappen erhalten. Ich habe gestaunt, als ich in der Schenke auf ihn traf. Er zahlte in Gold. Prahlte mit seinen Geschäften, und ich taxiere, daß er mindestens 5000 Kronen in gutem Golde mitgebracht hat."

„Donnerwetter!" wirft Markollen, der sehr interessiert zugehört hat, ein. „Das heiß' ich Geschäfte machen! Ein guter Batzen!"

„Ja! Wir Doktoren quälen uns und schinden uns, um einigermaßen ein Auskommen zu haben. Die Gegend ist zu gesund für uns! Und so einem Kerl, der mit seinen Medizinen den Leuten tausend Krankheiten aufschwatzt, dem fällt es in den Rachen. Drei Tage säuft er in Karskulla herum. Heute abend will er Karskulla verlassen. Sein Haus liegt abseits. Sie kennen es, Olstenna! Er muß unweit des Schlosses vorbeikommen. Aber wie ich ihn kenne, wird er bis in die Mitternacht oder noch länger in Karskulla trinken und dann seine Mähre heimtreiben."

„Aberglauben ausnutzen war immer das beste Geschäfts, Doktor!" spricht Olstenna. „Das war immer so und wird's bleiben. Die Lappen sind zwar Christen, aber als Naturvolk hängen sie eben ihren heidnischen Naturgottheiten noch weiter an. Nicht nur die Lappen! Nehmen sie unsere schwedischen und finnischen Jäger, Fischer, Bauern, Waldarbeiter an, die hier ihr Brot finden. Sitzt der Aberglaube nicht in jeder Brust?"

„So ist's, Olstenna!" bestätigt der Doktor. „Der Mensch wird von seiner Umwelt geformt. Aus den tiefen Wäldern unserer Heimat, unter der Mitternachtssonne, in den dunklen Winternächten wächst der Aberglaube empor. Jahrhunderte können vergehen, aber die dunklen Gewalten werden nicht aus den Seelen weichen."

„Vielleicht ... sind sie sogar da ... die dunklen Gewalten?" spricht Olstenna nachdenklich.

Der Propst ist an den Tisch getreten.

„Ei, ei, Arve, was hast du für heidnische Gedanken!"

„Lieber Eli", entgegnet Olstenna lachend, „mißversteh' mich nicht. Ich weiß, alles auf der Welt ist natürlich. Uebernatürlich erscheinen uns nur Dinge bei denen wir nicht in der Lage sind, die Ursache zu ergründen."

„So ist es, Arve. Wir können aber auch die Ursache Gottes nicht ergründen und müssen als gute Christen an ihn glauben. Der Glaube, das Vertrauen auf das Werk des Schöpfers, in dem nichts ohne Sinn und Zweck ist, muß den Aberglauben in den Herzen ertöten. Er ist eine böse Saat des Teufels."

(Fortsetzung folgt!)

schulen eine neue Verordnung erlassen, die tief in die Uebungsmethoden und Gewohnheiten der bisherigen studentischen Erziehung eingreift. Zwei Schranken werden in Zukunft das Studium auf den deutschen Universitäten bestimmen: Der numerus clausus und der Arbeitsdienst. Der Zustrom von jungen Akademikern im neuen Semester wird auf 4000 (früher 7000—12 000) herabgemindert werden. Wichtig ist, daß in Zukunft je der Studierende während der beiden ersten Semester an ein und demselben Hochschulort studieren muß. Ferner ist er verpflichtet während der beiden ersten Semester in einem staatlich anerkannten Kameradschafthaus zu wohnen. Die Schwierigkeiten, eine solche Regelung zu treffen, lagen bisher am Widerstand, den besonders die farbentragenden Korporationen gegen eine planmäßige Erziehung im Kameradschaftshaus geleistet haben. Nun werden diese Widerstände durch die regierungsseitigen Anordnungen glatt beseitigt, und es wird sogar vorgeschrieben, daß die farbentragenden Korporationen während der beiden ersten Semester die Studierenden nicht „keilen" (werben) dürfen. Dem Zug zur Uniformierung im Dritten Reich folgen nun auch die Studenten, die in Zukunft während der ersten beiden Semester eine einheitliche Tracht tragen sollen. Mütze und Band dürfen während der beiden ersten Semester nicht getragen werden.

Die große Frage ist nun die, wie die Korporationen ihre Eigenexistenz verteidigen wollen, da sie einen Anspruch und ein Werbungsrecht an die Studenten erst vom dritten Semester an erhalten. Jedenfalls ist die Neuanordnung eine Forderung des Staates an seine akademischen Bürger, die neu und revolutionierend ist, und zweifellos in allen akademischen Kreisen größtes Aufsehen erregen wird, zumal in einem Land, das bisher das Mutterland der akademischen Freizügigkeit war.

# Die Bekenntnissynode gegen die Eidesformel

## Keine Gespräche mit der „heräbischen Reichskirche"

Die Barmer Bekenntnissynode hat eine Erklärung erlassen, in der sie zu der von der Reichskirchenregierung vorgeschriebenen Eidesformel Stellung nimmt und sagt:

„Ueber die Frage des Eides hat man in Reihen der Barmer Bekenntnissynode noch keinen endgültigen Entschluß gefaßt. Wer eine solche Frage so schnell übers Knie bricht, wie die Reichskirche, zeigt damit nur, daß ihm die **Heiligkeit des Eides noch nicht zum Bewußtsein gekommen ist.** Durch diese Einstellung wird auch die Leichtigkeit erklärlich, mit der die Reichskirchenregierung über Verfassung und Gesetze hinweggehen konnte. Daß sie **wiederholt unwahre Behauptungen** verbreitete, zweimal allein in Sachen des Bischofs Wurm, beweist wieder einmal die Wahrheit des Satzes, daß diejenigen am ehesten geneigt sind. Eide zu schwören, **die es mit der Wahrheit am wenigsten genau nehmen.**

Die Bekenntnissynode wird diese schwerwiegende Frage genau prüfen. Ueber einige Punkte scheint eine Einigkeit bereits vorzuherrschen: Zunächst ist die Frage für die Bekenntniskirche noch nicht aktuell, da der Staat mit ihr darüber noch keine Gespräche begonnen hat. **„Mit der herätischen (Häresie = Irrlehre) Reichskirche darüber ein Gespräch zu führen, muß die Bekenntnissynode ablehnen."** Sollte der Staat in dieser Sache an die Bekenntniskirche herantreten, nachdem er sie seinerseits anerkannt hat, dann würde diese nichts dagegen einzuwenden haben, der Staat alle ihr angeschlosenen Pfarrer vereidigte. Freilich müßte in dem vorgeschriebenen allgemeinen Amtseid das Wort eingeführt werden müssen: „So wie es einem Diener des Evangeliums gemäß seinem Ordinationsgelübde geziemt."

Der Berliner Dom war am Sonntag Abend (am Vormittage war die Einführung des „Reichsbischofs" abgehalten worden) überwiegend von Anhängern der Bekenntnissynode besucht, die eine Predigt des Dompredigers D. Richter anhörten, der sich in ausführlicher Weise mit den zahlreichen Aeußerungen über eine **Vereinheitlichung der Kirche,** die bei der Einführung des Reichsbischofs Müller gefallen waren, befaßte und denen er entschieden und **scharf entgegentrat.** D Richter führte aus, daß allein der Friede eine Einheit schaffen könne: eine Vereinheitlichung könne aber weder den Frieden, noch die Einigung herbeiführen. Eine Vereinheitlichung der Evangelischen Kirche würde nur dazu beitragen **das Erbe Martin Luthers zu zerschlagen** und die Folge davon würde der Untergang der Deutschen Evangelischen Kirche und sogar des deutschen Volkes sein.

# Die Pless-Beschwerde vertagt

## Empfehlungen des Völkerbundsrates

**Der Völkerbundsrat hat am Donnerstag erneut über die Beschwerde des Fürsten von Pleß verhandelt. Der Berichterstatter empfahl die Vertagung der Angelegenheit bis zur nächsten Session. Der polnischen Regierung wurde ferner empfohlen keine Maßnahmen zu ergreifen, die der Entscheidung des Völkerbundes vorgreifen könnten. In der Aussprache hatte Minister Beck auf den inneren Verfahrensweg dem die Pleß-Angelegenheit gegenwärtig unterliegt, hingewiesen.**

Damit ist die Pleß-Beschwerde der formellen Erledigung durch den Völkerbundsrat unterlegen.

# Aus Pleß und Umgegend

**Diamantene Hochzeit.** Am Freitag, den 28. September, beging das Jakob Czembor'sche Ehepaar in Cwiklitz das Fest der Diamantenen Hochzeit.

**Evangelischer Männer- und Jünglingsvereins Pleß.** Die fällige Monatsversammlung des Männer- und Jünglingsvereins findet am Dienstag, den 2. Oktober, abds 8 Uhr, im „Plesser Hof" statt.

**Das Augenlicht verloren.** Zwischen Rudolf Masny und Johann Plinta in Pleß-Grzebowitz kam es aus nichtigen Gründen auf einer Weide zu einer Schlägerei, wobei Plinta mit einem Messer Masny sehr schwere Kopfverletzungen beibrachte. Masny erhielt u. a. einen Stich in das linke Auge, worauf dieses auslief. Der Messerheld wurde verhaftet.

**Steuerkalender für Oktober.** Im Monat Oktober sind folende Steuern zu entrichten: Bis zum 5. Oktober ist die Steuer für die elektrische Energie zu bezahlen, die vom 16. bis 30. September verbraucht worden ist, bis zum 20. Oktober dieselbe Steuer vom Verbrauch in den ersten Oktobertagen. — Bis zum 15. Oktober ist die Monatsrate auf die Gewerbesteuer vom Umsatz, der im September l. Js. von Handelsunternehmungen 1. und 2. Kategorie und gewerblichen Unternehmungen 1. bis 5. Kategorie mit regelrechten Handelsbüchern und den zur Berichterstattung verpflichteten Unternehmen erzielt worden ist, zu entrichten. Bis zum gleichen Tage ist die dritte Rate der veranlagten Gewerbesteuer vom Umsatz für 1934 und die Anzahlung auf die außerordentliche Steuer der Einkommen von Notaren, Hypothekenschreiben und Gerichtsvollziehern für September und die sogenannte Einkommensteuer von manchen Berufsbeschäftigungen fällig. Bis zum 1. November ist die Einkommensteuer zusammen mit der Krisensteuer und die außerordentliche Steuer von manchen Berufszweigen zu entrichten. Außerdem sind im Laufe von sieben Tagen nach erfolgtem Abzug die Steuer für dienstliche Besoldungen, Emerituren und Belohnungen für Lohnarbeit zusammen mit der Krisensteuer zu bezahlen. Im Oktober sind ferner alle auf diesen Monat in Raten zerlegten und gestundeten Steuern zu entrichten.

**Neue Postgebühren.**

Das Postministerium hat sämtliche Post-, Telegraphen- und Telephongebühren mit Wirkung vom 1. Oktober ab ermäßigt. Für Briefe im Inlandsverkehr ist die Portogebühr von 30 auf 25 Groschen, für Postkarten von 20 auf 15 Groschen herabgesetzt worden. Die Gebühr für Auslandsbriefe ist von 60 auf 55 Groschen ermäßigt worden. Briefe nach Oesterreich, Ungarn, Rumänien und der Tschechoslowakei werden vom 1. Oktober ab sogar nur 45 Groschen kosten. Die Gebühr für Auslandspostkarten hat sich auf 30 Groschen und für die Staaten Oesterreich, Ungarn, Rumänien und Tschechoslowakei auf 25 Groschen ermäßigt. Die Gebühr für eingeschriebene Auslandsbriefe ist von 60 auf 45 Groschen herabgesetzt worden.

Der Telephon-Tarif wurde um zehn Prozent ermäßigt. Auch die über das Pauschale hinausgehenden Gespräche im Inland sind um zwei Groschen billiger geworden. Eine Neuerung ist die Einführung von Fernsprechzonen. Ein Gespräch mit Orten bis zu zehn Kilometern Entfernung wird 20 Groschen, bis zu 15 Kilometern 30 Groschen und bis zu 20 Kilometern 40 Groschen kosten. Bisher kostete ein Ferngespräch 60 Groschen.

Im Telegrammverkehr wurde die Grundgebühr von 50 auf 25 Groschen herabgesetzt. Die Gebühr bei Glückwunsch und Beileidstelegrammen wurde pro Wort von 15 auf 5 Groschen ermäßigt.

Auch die Teilnehmergebühr für Rundfunkhörer wurde herabgesetzt, allerdings nur für die Landbevölkerung, die in Zukunft nur einen Zloty monatlich zu zahlen haben wird.

**Katholische Gemeinde.**

Sonntag, den 30. September, um 6,30 Uhr: stille hl. Messe; 7,30 Uhr: polnisches Amt mit Segen und polnischer Predigt, 9 Uhr: deutsche Predigt und Amt mit Segen für die Wallfahrer die auf dem Annaberg waren; 10,30 Uhr: polnische Predigt und Amt mit Segen.

**Evangelische Gemeinde.**

Sonntag, den 30. September, um 7,30 Uhr: polnischer Gottesdienst; 8,30 Uhr: deutsche Abendmahlsfeier; 10 Uhr: deutscher Gottesdienst (Erntedankfest); 11,15 Uhr: Kindergottesdienst.

Verantwortlich für den Gesamtinhalt Walter Block, Pszczyna. Druck und Verlag: „Anzeiger für den Kreis Pless, Sp. z ogr. odp.", Pszczyna, ul. Piastowska 1.

III. R. Sp. 21.

W tutejszym sądowym rejestrze spółdzielni pod nr. 21, wpisano dnia 6. sierpnia 1934 r. przy firmie Towarzystwo Bankowe Golasowice i okolicy, Vereinsbank Golasowice und Umgebung, Bank Spółdzielczy z ograniczoną odpowiedzialnością Golasowice z siedzibą w Golasowicach.

W miejsce zmarłego członka zarządu Józefa Waleczka wybrano Jana Luksa, rolnika w Golasowicach uchwałą Rady Nadzorczej z dnia 28. sierpnia 1933 r.

Rozwiązanie i likwidacja następuje:

Na podstawie przepisów o spółdzielniach lub na podstawie uchwały walnego zebrania (zgromadzenia). Powyższa Uchwała jest tylko wtenczas ważną, o ile na zwołanych w tem celu walnych zgromadzeniach następujących posobie w czasie conajmniej czternaście dni każdorazowo powzięta zostanie równobrzmiąco większością $^4/_5$ głosów obecnych na walnych zebraniach. Przy rozwiązaniu spółdzielni, likwidatorów mianuje walne zgromadzenie. Po zaspokojeniu wszelkich długów i zobowiązań, majątek spółdzielni zostanie rozdzielony między członków względnie ich spadkobierców stosuukowo do ich udziałów, jednak nie wyżej wysokości udziału, zaś ewentualną resztę majątku należy zużyć na cele ogólno społeczne. Likwidatorzy winni oznaczyć publicznie termin do podjęcia należnych kwot przez uprawnionych członków spółdzielni. Nie podjęte do wyznaczonego terminu kwoty zostaną zwłożone na koszt zwlekających z odbiorem do właściwego urzędn depozytowego.

Żory, dnia 6. sierpnia 1934 r.

**Sąd Grodzki.**